Beschlussvorlage	Vorlage Nr.:	IX/0738
	Verantwortlich:	Thomas Bantel
	Geschäftszeichen:	

Antrag des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Kreisverband Kehl e.V., auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die Kommunale Kriminalprävention

Beratungsfolge			
Gremium	Termin	Öff.-Status	Ergebnis
Ausschuss für Verwaltung und Finanzen	16.01.2019	öffentlich	Entscheidung

Beschlussantrag

Der Ausschuss für Verwaltung und Finanzen möge beraten und entscheiden.

Finanzielle Auswirkungen		Nein	x	Ja		
Haushaltsmittel stehen bereit		Nein		Ja	Höhe:	
Überplanmäßige/Außerplanmäßige Mittel erforderlich		Nein		Ja	Höhe:	
Folgekosten		Nein		Ja	Höhe:	

Ergänzende Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen

Sachverhalt und Erläuterungen:

Das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Kehl e.V., stellt erneut den Antrag auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die dort eingerichtete Stelle für die Kommunale Kriminalprävention von jährlich 2.500 € auf 5.000 €. Das DRK hatte bereits in den Jahren 2013 und 2016 gleichlautende Erhöhungsanträge gestellt, die jeweils vom Finanzausschuss abgelehnt wurden.

Erstmals wurden für die Jahre 2016 bis 2018 ein Tätigkeitsbericht vorgelegt, der die an den Rheinauer Schulen durch die KKP durchgeführten Maßnahmen belegt.

Stellungnahme:

Der DRK-Kreisverband erhält seit Jahren einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 2.500 € für die dort eingerichtete Stelle der Kommunalen Kriminal-Prävention (KKP).

Wie der Name vermuten lässt, liegt die Präventionsarbeit eigentlich in der Zuständigkeit der Gemeinden als Ortspolizeibehörden. Die Städte Kehl und Rheinau, sowie die Gemeinden Willstätt und Appenweier, arbeiten hier seit der Jahrtausendwende eng zusammen und bilden gemeinsam mit der Vollzugspolizei das Rückgrat der KKP. Ergänzt wird die Arbeit durch die Beteiligung weiterer Behörden und Institutionen (z.B. Landratsamt Ortenaukreis, Staatsanwaltschaft, Kommunaler Sozialer Dienst) und gemeinnütziger Vereine (z.B. Courage e.V., Leuchttfeuer e.V.). Neben der klassischen Präventionsarbeit befasst sich die KKP mit Themen des Verbraucherschutzes und Jugendschutzes und initiiert Aktionen wie z.B. „Augen Auf“ oder Testkäufe von Jugendlichen in Einzelhandelsgeschäften und in Gaststätten (Geldspielautomaten), zuletzt im Sommer 2018.

Um die Zusammenarbeit der genannten Kommunen in der KKP intensivieren zu können, wurden vor einigen Jahren durch die Stadt Kehl neue Finanzierungsmöglichkeiten geprüft. Schließlich konnte die Finanzierung eines Großteils der damals noch bei der Stadt Kehl ansässigen Verwaltungsstelle durch einen jährlichen Zuschuss der „Aktion Mensch“ und durch die Ausschöpfung anderer Fördermöglichkeiten erreicht werden. Allerdings galt die Stadt Kehl als Kommune nicht als förderungsfähig, weshalb die Verwaltungsstelle an das DRK, Kreisverband Kehl, ausgegliedert wurde. Im Jahr 2013 ist die Förderung durch die „Aktion Mensch“ weggefallen. Andere Fördermöglichkeiten werden ausgeschöpft, reichen jedoch für die Finanzierung der notwendigen Verwaltungsstelle nicht aus. Die Finanzierung setzt sich im laufenden Jahr wie folgt zusammen:

- Stadt Kehl	36.300 €
- Stadt Rheinau	2.500 €
- Gemeinde Willstätt	5.000 €
- Gemeinde Appenweier	2.800 € (Einzelabrechnungen)
- DRK Kehl	5.000 €

Der Finanzierungsplan sieht für das Jahr 2019 eine Vereinheitlichung des Zuschusses der angegliederten Kommunen (Appenweier, Willstätt, Rheinau) auf jeweils 5.000 € vor. Willstätt hat bereits zugestimmt, Appenweier bevorzugt derzeit noch Einzelabrechnungen, steht aber einer Pauschalregelung generell positiv gegenüber.

Der nun erstmals vorgelegte Tätigkeitsbericht gibt ein gutes Abbild der über die KKP organisierten Maßnahmen in Rheinau, die auch im Jahr 2019 fortgesetzt werden sollen, sofern ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Schulen haben bereits entsprechende Anträge gestellt.

Anlagen:

Anlage Antrag KKP

Anlage Tätigkeitsbericht KKP